

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes



Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. Postgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13803. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Insertionspreise: Die 7 gelbete Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk. bei Plavoorchrift 2.30 Mk. Familiennachrichten, die 7 gelbete Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkankalten entgegen.

Verhandlungen wegen der Regierungsbildung in Sachsen.

Auf Einladung der Rechtssozialisten fanden gestern in Dresden zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien Besprechungen statt über die politische Situation und die Regierungsbildung in Sachsen. Die von der USV. vorgelegten und bereits veröffentlichten Richtlinien wurden nach längerer Aussprache als geeignete Grundlage für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung anerkannt. Die endgültige Entscheidung der Parteien bleibt späteren Verhandlungen vorbehalten, die am Sonntag resp. Montag stattfinden.

An die Landesinstanzen der Kommunisten sind die Fragen gerichtet worden:

- a) ob sie gewillt seien, sich an der Bildung einer rein sozialistischen Regierung zu beteiligen;
- b) ob sie für den Fall der Ablehnung dieser Frage bereit seien, für den von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen vorgeschlagenen Ministerpräsidenten zu stimmen, um die Wahl eines bürgerlichen Ministerpräsidenten zu verhindern.

Die Einheitsfront der Agrarier. Zusammenschluß des Bundes der Landwirte und des Landbundes.

Berlin, 3. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Deutsche Tageszeitung erfährt von zuständigen Stellen: Die in landwirtschaftlichen Kreisen immer wieder geforderte Herbeiführung einer Einheitsfront in der deutschen Landwirtschaft ist einen großen Schritt vorwärts gekommen. Die Verschmelzung der beiden wirtschaftspolitischen Organisationen, Bund der Landwirte und Deutscher Landbund, ist am 1. Dezember d. J. von den Organen beider Körperschaften in Berlin zum Beschluß erhoben worden. Der hiernach ins Leben gerufene neue Reichslandbund wird seine Tätigkeit am 1. Januar 1921 aufnehmen. Er erstrebt den Zusammenschluß aller an der Förderung der deutschen Landwirtschaft interessierten Personen des Landvolkes, ohne Rücksicht auf politische Parteistellung, auf nationaler, christlicher Grundlage. Sein Zweck ist, zum Wohl der deutschen Volkswirtschaft die wirtschaftspolitischen Interessen des gesamten deutschen Landvolkes zur Sicherung seiner vollen Gleichberechtigung auf allen Gebieten und zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu wirken, insbesondere auch der Landwirtschaft eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung in allen aus öffentlichen Wahlen hervorgehenden Körperschaften zu verschaffen. Die Verschmelzung erfolgt auf der Grundlage völliger Parität der beiden vertragschließenden Teile, die ihre Vorstehenden in den engeren Vorstand des Reichslandbundes gewählt haben. Von Seiten des Deutschen Landbundes fiel die Wahl auf Kreisler von Richtigshofen (Schlesien), von Schleswig (Wommern), Hepp (Wassau), Hofner (Thüringen), Hillger (Brandenburg), von Seiten des Bundes der Landwirte auf die Herren Kreisler von Wangenheim, Dr. Köpcke, Dekonomierat Weiland, Graf von Kalkreuth und von Goldacker.

Der Parteitag der Sinnes-Partei.

Berlin, 3. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Nürnberg wird über den Parteitag der Deutschen Volkspartei gemeldet: In der dem Parteitag vorausgegangen Sitzung des Zentralvorstandes billigte dieser fast einstimmig die Haltung der Reichstagsfraktion der Partei und sprach sich nicht nur für ein ferneres Zusammengehen mit Zentrum und Demokraten aus, sondern begrüßte auch den festen Zusammenschluß der Koalition, das in der Bildung eines permanenten interfraktionellen Ausschusses seinen äußeren Ausdruck gefunden hat. Bedenken wurden erhoben gegen das Verhalten der Landtagsfraktion gegenüber dem preussischen Verfassungsgericht. Es wurde eingewendet, daß die Landtagsfraktion nicht für die Verfassungsvorlage stimmen dürfte, nachdem die Fraktion der Nationalversammlung in Weimar gegen die Reichsverfassung gestimmt hatte.

Streik der Eisenbahner in Norwegen.

Berlin, 3. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Stockholm erfährt das Berliner Tageblatt: Der lange bekümmerte und angekündigte Eisenbahnerstreik ist gestern zum Ausbruch gekommen. Der Postverkehr, der wichtigste Reiseverkehr und die Versorgung mit Lebensmitteln wird aufrechterhalten. Sympathiekreise der Transportarbeiter, Hafenarbeiter, Küstenschiffer und anderer Arbeitergruppen stehen in Aussicht. Der Streik wird anfangs 10 000 Arbeiter umfassen. Im Laufe der nächsten Tage wird der Konflikt eine bedeutend größere Anzahl von Streikenden in seinen Kreis ziehen. Noch gestern trat der Storting zusammen, wobei sich keine Mehrheit der Regierung und der staatlichen Ausgleichskommission, die den Lohnkonflikt in ihren Händen hatte in der Genehmigung des Lohnvorwurfs, anschloß, den bekanntlich die Eisenbahner verworfen haben. Der Sozialist Plan machte dabei nochmals den Vorschlag, den Grundlohn um 600 Kronen zu erhöhen. Er wurde mit 105 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Die Zeitungen betrachten die letzte Stortingssitzung mit ihren mitgeteilten Beschlüssen als eine der größten politischen Ereignisse in Norwegens Leben.

Die internationale Reaktion.

„Die bayerische Einwohnerwehr bleibt.“

Die München-Magoburger Abendzeitung gibt eine Meldung des Echo de Paris wieder, wonach Frankreich infolge der ihm von der bayerischen Regierung gegebenen Sicherheitserklärung sich veranlaßt sehe, seinen Protest gegen die bestehende bayerische Einwohnerwehr fallen zu lassen. Das genannte Blatt macht diese Meldung zum Gegenstand eines Artikels mit der Überschrift: „Die bayerische Einwohnerwehr bleibt!“

Die bayerische Regierung teilt gleichzeitig mit, daß die Entente die bayerische Einwohnerwehr noch sechs Monate, bis zu neuen Verhandlungen, bestehen lassen will; für diese Zeit sollen die Einwohnerwehren dezentralisiert und kontingentiert werden.

Diese „Sicherungen“ sind gleichgültig, die Gefährlichkeit der Orgesch für das Innere bleibt dieselbe. Deshalb wird sie ja auch von Frankreich toleriert, und daneben soll diese Sondervergünstigung Bayern möglichst vom Reich lösen. Trotzdem wird die ohnmächtige Reichsregierung nicht gegen dieses reichsverstörende Manöver protestieren. Einmal wünscht sie die Orgesch, weil sie die Gegenrevolution wünscht, und außerdem wagt sie Bayern nicht zu reizen.

Die Genossen Dr. Rosenfeld, Unterkleiner und Seidel haben folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: Zeltungsanträgen zufolge hat der bayerische Ministerpräsident v. Kahr kürzlich in Berlin mit dem englischen Votschafter, mit dem Chef der französischen Militärmission General Nollet und mit der Reichsregierung über die bayerischen Einwohnerwehren verhandelt. Welche Auffassung vertrat v. Kahr in bezug auf die bayerischen Einwohnerwehren? Welche Auffassung vertrat die Reichsregierung? Welches war das Ergebnis der Konferenz mit Herrn v. Kahr 1. mit dem englischen Votschafter, 2. mit dem Chef der französischen Militärmission und 3. mit der Reichsregierung?

Man darf gespannt sein, was die Reichsregierung, die jetzt Farbe bekennen muß, auf diese peinlichen Anfragen antworten wird.

Kundgebungen gegen die Nahrungsmittelnot in Ostpreußen.

Königsberg, 3. Dezember. In Hendekrug (Ostpreußen) und Umgebung fanden Kundgebungen gegen die schlechte Nahrungsmittelversorgung statt. Die Demonstranten, etwa 700 Personen zogen durch die Straßen. Der Landespolizei gelang es, die Demonstranten zu zerstreuen, ohne daß es zu Ausschreitungen kam. Man beklagt aber, daß in den nächsten Tagen Urkuchen wegen der mangelhaften Brotversorgung ausbrechen. Im November sind für den Kreis Hendekrug nur etwa 200 bis 300 Zentner Brotmehl zur Verteilung gekommen bei einem Bedürfnis von über 2000 Zentnern.

Verhaftung deutscher Kommunisten durch die Franzosen.

Frankfurt a. M., 2. Dezember. Der Südwestdeutschen Arbeiterzeitung zufolge sind die Ortsgruppenleitungen der vereinigten kommunistischen Parteien und der Neu-Kommunisten in Höchst, Worms und Mainz letzte Woche von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet worden. Als Grund gibt das Blatt kommunistische Propaganda im besetzten Gebiet an.

Haftentlassung Kemmels.

München, 2. Dezember. Infolge des gestrigen Reichstagsbeschlusses auf Freilassung des neukommunistischen Abgeordneten Kemmel wird die Münchner Staatsanwaltschaft die Haftentlassung heute vornehmen. Das Verfahren gegen Kemmel wird aber, wie die Münchner Neuesten Nachrichten melden, seinen Fortgang nehmen.

Rücktritt des gesamten ungarischen Kabinetts

Budapest, 2. Dezember. Nach der dritten Lesung des Gesetzentwurfs über die Geldinstitutszentrale hat der Ministerpräsident Teleki der Nationalversammlung den Rücktritt des Kabinetts mitgeteilt. Das Kabinett tritt zurück, weil es sich mit dem Finanzminister, gegen den die Nationalversammlung gestern bei Beratung des Gesetzentwurfs über die Geldinstitutszentrale gestimmt hatte, solidarisch erklärt. In der Nationalversammlung bestand, wie das Ungar. Teleg. Korresp. Bureau erwähnt, seit längerer Zeit eine gewisse Geringschätzung gegenüber dem Finanzminister wegen der ungeheuren Lasten, die er den Steuerträgern infolge des verlorenen Krieges hat aufbürden müssen. Der Reichsverweser hat den Rücktritt der Regierung angenommen und sie mit der Weiterführung der Geschäfte betraut.

Wirtschaftsmächte.

Das hier schon mehrfach behandelte Thema der neueren Kapitals- und Betriebskonzentrationen wird in diesem Artikel unter einem neuen, furchtbaren Gesichtspunkte betrachtet.

B. A. Der Zusammenballungsprozeß, der sich seit Monaten innerhalb der deutschen Schwerindustrie vollzieht, hat in den letzten Wochen wieder gewaltige Fortschritte gemacht. Planmäßig wird von den Leitungen der großen gemischtwirtschaftlichen Werke an den Austausch von Aktien, an die Übernahme zahlreicher Unternehmungen und an den Abschluß von Interessengemeinschaftsverträgen mit anderen Großkonzernen gegangen. Nachdem Hugo Stinnes und Bögelers, die Beherrscher des gemischten Werkes Deutsch-Luxemburg, vor kurzer Zeit den aufsehenerregenden Vertrag mit dem Gesenkirchener Werke, das von Kirdorf geleitet wird, abgeschlossen und dadurch einen produktionssteigernden und volkswirtschaftlich außerordentlich bedeutungsvollen Schritt zur Vereinhelligung der Montanindustrie getan haben, wird nunmehr bekannt, daß diese neue Rhein-Elbe-Union zu wichtigen weiteren Maßnahmen geschritten ist. Mit dem Siemens-Halske und Siemens-Schuckertkonzern ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der diese bekannten Großunternehmen der Elektro- und Maschinenindustrie mit der Union zu einer Interessengemeinschaft verknüpft und dadurch eine vertikale Konzentration schafft, die von der Kohle bis zum vollendetsten Fertigfabrikat der deutschen Verfeinerungsindustrie führt. Durch derartige Verbindungen soll die Materialversorgung der weiterverarbeitenden Industrie gesichert und gleichzeitig den Montanwerken eine dauernde Kundenschaft für ihre Produkte gesichert werden. Wenn das Interesse Rohstoffe wie Kohle und Eisen zu erhalten, gegenüber dem reinen Absatzinteresse der Schwerindustrie, das bei der gegenwärtigen Marktlage kaum vorhanden ist, auch im Augenblick vorherrschend ist, so kann doch nicht verkant werden, daß die enge Verbindung mit der Verfeinerungsindustrie auch beträchtliche wirtschaftliche Vorteile für die Rhein-Elbe-Union mit sich bringen wird. Die direkte Versorgung innerhalb eines eng zusammenhängenden Konzerns bringt bei den schwierigen Lieferungsverhältnissen der deutschen Industrie eine Erleichterung für die Siemenswerke mit sich, die wohl sehr wesentlich zu dem Entschlusse, die bisherige Selbstständigkeit in gewissem Umfang aufzugeben, beigetragen hat. Wenn man an die verschiedenen Äußerungen über die Diktatur der Schwerindustrie sich erinnert, die vor allem in den Generalverammlungen der A. E. G. gefallen sind, dann wird die Zwangslage der verarbeitenden Industrie, sich im Interesse ihrer Produktionsmöglichkeit und Wettbewerbsfähigkeit in ein unmittelbares Verhältnis zu diesen Diktatoren unserer Wirtschaft zu bringen, sehr deutlich und es ist sicher, daß der Weg, der hier von einem Großkonzern beschritten worden ist, in absehbarer Zeit auch von anderer Seite gegangen werden wird. Das Bestreben, in einem Unternehmen den gesamten Produktionsprozeß vom Rohprodukt bis zum vollendeten Fertigfabrikat zu vereinen und den Vertrieb ebenfalls in engem Zusammenhang damit zu organisieren, ist das leitende Motiv unserer Industriefabrikation, und man kann ihnen nachsagen, daß sie mit allen Mitteln bestrebt sind, sich ohne Rücksicht auf irgendwelche kontinentalen Erwägungen durchzusetzen. Eine besondere Erleichterung ihrer Arbeit wird ihnen durch die großzügige Steuerpolitik des Reiches gewährt, die noch immer nicht soweit gekommen ist, Reichsnotopfer, Kriegsgewinn- und Vermögenswachststeuer richtig zu erfassen, sondern diesem Schaupiel der Aufkäufe mit Seelenruhe zuseht und sich gleichbar in ihrer frommen Einsicht (denn wer vermöchte an bösen Willen zu denken?) gar nicht darüber wundert, woher die Hunderte von Millionen kommen, mit denen alle diese Käufe finanziert werden. Anstatt mit größter Verschleimung auf die rascheste Steuererfassung zu drängen und dadurch der für unsere gesamte Wirtschaft verhängnisvollen Tätigkeit der Notenpresse wenigstens ein vorläufiges Ende zu setzen, werden immer neue Mengen bedruckter Geldzettel in den Verkehr gepreßt, die Inflation in einer unerträglichen Form verschärft und der ständigen Preissteigerung neue Antriebe gegeben. Die Ausweise der Reichsbank, deren Notenzirkulation in wenigen Wochen 80 Milliarden erreicht haben dürfte, geben ein Bild dieser Finanzwirtschaft, und die lächerlich geringfügigen Summen der monatlichen Reichseinnahmen, die i. B. nach dem letzten veröffentlichten Ausweise im Monat Juli noch nicht einmal zwei Milliarden erreicht haben und weit unter den Ausgabebedürfnissen zurückbleiben, vervollständigen diesen Eindruck. . . .

Jeder Tag bringt neue Meldungen über Zusammenschlüsse und Fusionen, die Kursbewegungen an den deutschen Börsen kündigen weitere großzügige Projekte der verschiedensten Art an und es ist mit aller Bestimmtheit damit zu rechnen, daß die Verärstung der deutschen Wirtschaft sowohl in horizontaler als in vertikaler Richtung in raschestem Tempo fortschreiten und alle für unsere Wirtschaft wichtigen Industrien zu einer mehr oder